

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.08.2023

Inhalt

EWN

1 Kritik am LNG-Kurs der Landesregierung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.08.2023</i>	3
2 Schwesig will Außenhandel des Landes im Ostseeraum ausbauen <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 24.08.2023</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.08.2023 | S. 14

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

FLÜSSIGAS-TERMINAL IN DER OSTSEE

Kritik am LNG-Kurs der Landesregierung

Ministerien gaben bereits im Juli positive Gesamtprognosen für Flüssiggas-Projekt ab - obwohl wesentliche Anträge bis heute fehlen

Die Landesregierung verspielt ihre Glaubwürdigkeit bei den Gegnern des LNG-Terminals. Umweltminister Till Backhaus (SPD) räumt ein, dass er bereits am 14. Juli eine positive Gesamtprognose für das LNG-Projekt vor Rügen gegeben hat. „Ein starkes Stück und ein Freibrief für weitere Genehmigungen“, zeigt sich Thomas Kunstmann, Sprecher der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“, von Backhaus enttäuscht. Dessen Glaubwürdigkeit sieht er erschüttert. „Trotz öffentlicher Lippenbekenntnisse erleben wir in der Praxis nicht, dass sich die Landesregierung tatsächlich gegen den Bau einsetzt.“

Wie jetzt bekannt wurde, wich Backhaus bereits eine Woche nach der Aufnahme Mukrans in das LNG-Beschleunigungsgesetz von seiner harten Linie ab. Kritikern des Projektes hatte er zuvor mehrfach zugesichert: Einzelne Genehmigungen für das in fünf Teile gesplittete Verfahren würden nur bei einer positiven Gesamtprognose erteilt. Nun räumt Backhaus ein: „Es ist korrekt, dass mein Haus am 14.7.2023 eine positive Prognose für das Gesamtvorhaben abgegeben hat“, so Backhaus. Bis heute aber liegen die Anträge für das entscheidende Kernstück, den Bau des LNG-Terminals in Mukran, nicht vor. Die Deutsche Regas will die Unterlagen Ende August/Anfang September einreichen.

Backhaus stellt jetzt klar, seine positive Gesamtprognose sei an die wesentliche Bedingung geknüpft, dass es „keine unüberwindlichen Hindernisse“ geben dürfe. Das Bergamt Stralsund, das für die Genehmigung des Pipelinebaus zuständig ist, hatte diese „unüberwindlichen Hindernisse“ offenbar nicht gesehen und am Dienstag den Bau des ersten Trassenabschnittes genehmigt - auf Grundlage einer ebenfalls positiven Gesamtprognose des Wirtschaftsministeriums. Erteilt am 17. Juli, drei Tage nach dem Backhaus-Votum. Damit durften die Bauarbeiten starten.

Kritik am Schlingerkurs kommt von den Grünen. „Das Vorgehen der Landesregierung ist unredlich und nicht regierungswürdig“, so der energiepolitische Sprecher Hannes Damm. Wie könne eine positive Gesamtprognose erteilt werden, wenn die Anträge für den Terminalbau noch nicht einmal vorliegen.

Damm hat für das Vorgehen Schwerins nur eine Erklärung: „Die Landesregierung will sich auf der einen Seite beim Bund Geld für den Standort sichern, es auf der anderen Seite aber nicht laut sagen, um die Leute nicht gegen sich aufzubringen.“ Dafür werde der Schwarze Peter Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) zugespielt. Damm wirft der Landesregierung Anbiederung und Populismus vor.

Die umstrittene Baugenehmigung ist bereits ein Fall für das Bundesverwaltungsgericht. Dort hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) am Montag einen Antrag auf Baustopp der Pipelinearbeiten gestellt und Klage eingereicht. Wann eine Entscheidung fällt, ist offen. „Die Dauer eines Verfahrens des vorläufigen Rechtsschutzes hängt vom jeweiligen Einzelfall ab“, so ein Gerichtssprecher.

Bei der DUH reibt man sich verwundert die Augen angesichts der widersprüchlichen Aussagen von Backhaus. „Dieser Mann blinkt in beide Richtungen“, so Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. „Das Vertrauen in ein transparentes und ergebnisoffenes Verfahren wird damit auf keinen Fall gestärkt.“ Wie könne ein Minister in einer so frühen Phase eine positive Gesamtprognose abgeben, wenn die umwelt- und naturschutzrechtlichen Auswirkungen für die nicht beantragten LNG-Abschnitte noch nicht abschätzbar seien. Für das Vorgehen des Landes hat Müller-Kraenner eine Erklärung: „Das Land will sich mit diesem Kurs Geld vom Bund erpokern.“

Von den insgesamt fünf benötigten Teilgenehmigun-

gen liegen bereits drei vor: neben der Genehmigung für den ersten Pipelineabschnitt auch jeweils eine für den landseitigen Anschluss in Lubmin und Mukran. Backhaus sagt jetzt: „Eine positive Gesamtprognose bedeutet keine Genehmigung.“ Sollten noch ausstehende Genehmigungen nicht erteilt werden, würden Gascade und der Bund das finanzielle Risiko bei einem

Baubeginn tragen.

Zitat-Text:

”Das Vorgehen der Landesregierung ist unredlich und nicht regierungswürdig.” - Hannes Damm, Bündnisgrüne

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 24.08.2023 | S. 4

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

Schwesig will Außenhandel des Landes im Ostseeraum ausbauen

Schwerin/Neubrandenburg. Der positive Trend im Außenhandel Mecklenburg-Vorpommerns hat sich nach Angaben von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) ungeachtet mäßiger Konjunkturdaten auch in der ersten Hälfte des Jahres 2023 fortgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sei das Exportvolumen bis Ende Mai um 192 Millionen Euro gewachsen. Die Importe hätte um 84 Millionen Euro zugelegt, teilte Schwesig am Mittwoch mit. Im Rahmen ihrer Sommertour hatte sie zu einem Exportabend der Landesregierung nach Neubrandenburg eingeladen, der in Zusammenarbeit mit der dortigen Industrie- und Handelskammer organisiert worden war.

Trotz der seit 2018 anhaltenden Zuwächse trägt Mecklenburg-Vorpommern – auch infolge einer vergleichsweise schwach ausgeprägten Industrie – nur 0,7 Prozent zum bundesweiten Außenhandel bei, der laut Statistischem Bundesamt 2022 einen Wert von knapp 3100 Milliarden Euro erreichte. Im Nordosten lag das Handelsvolumen bei 20 Milliarden Euro. Die Exportquote war in Mecklenburg-Vorpommern mit 18 Prozent nur etwas mehr als halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Angesichts dieser Differenzen mahnte Schwesig, die Potenziale des Landes besser zu nutzen.